

Öffentliche Bekanntmachung

Es findet eine Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, 30.10.2025 um 17:30 Uhr, im Rathaus, Großer Sitzungssaal, Am Forum 5, 66424 Homburg statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1) Eröffnung der Sitzung
- 2) Einwohnerfragestunde
- 3) Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 18.09.2025
- 4) Informationen über den geplanten Stellenabbau am Bosch-Standort Homburg
- 5) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Rückgliederung der unmittelbaren Beteiligungen der Kreisstadt Homburg
- 6) Antrag der SPD-Fraktion: Unschöne Situation überfüllter Altkleider-Container
- 7) Antrag der SPD-Fraktion: Demokratie erfahren – Ihre Schule macht den Unterschied!
- 8) Antrag der SPD-Fraktion: Einladung Bosch und WireCo
- 9) Antrag der SPD-Fraktion: Verabschiedung der Resolution: Für ein Bündnis für Arbeit, Beschäftigung und einen investitionsfreundlichen Wirtschaftsstandort Homburg
- 10) Antrag der Fraktion Die Linke: Resolution zum geplanten Stellenabbau mit Werksschließung bei BOSCH in Homburg: Stoppt den Kahlschlag! Solidarität mit den Beschäftigten!
- 11) Weisungsrecht – Abstimmungsverhalten des Vertreters der Kreisstadt Homburg in der Verbandsversammlung des Entsorgungsverbandes Saar (EVS) am 09.12.2025
- 12) Besetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Homburg GmbH
- 13) Geld- und Sachzuwendungen für die Ortsräte
- 14) Vergabe Linienbündel "Stadt Homburg"

15) Unterrichtungen

15.1) Stand Umsetzung Klimaschutzkonzept

16) Allgemeine Unterrichtungen

Nichtöffentlicher Teil

17) Genehmigung der Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung vom 18.09.2025

18) Allgemeine Unterrichtungen

Michael Forster
(Oberbürgermeister)

2025/0788/10

öffentlich

Informationsvorlage

10 - Hauptamt

Bericht erstattet: OB Michael Forster



Informationen über den geplanten Stellenabbau am Bosch-Standort Homburg

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Stadtrat (Kenntnisnahme)	30.10.2025	Ö

Sachverhalt

Der Betriebsratsvorsitzende der Bosch-Werke Homburg, Herr Oliver Simon, wird über die aktuelle Situation der Robert Bosch GmbH in Homburg berichten.

Anlage/n

Keine

2025/0781/10

öffentlich

Antrag

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Rückgliederung der unmittelbaren Beteiligungen der Kreisstadt Homburg

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Stadtrat (Entscheidung)	30.10.2025	Ö

Anlage/n

- 1 Antrag Grüne Rückgliederung von Beteiligungsgesellschaften (öffentlich)



Stadtratsfraktion Homburg/Saar

Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Marc Piazolo
StV Fraktionsvorsitzende Katrin Lauer
StV Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Frank Kirchhoff

An den
Oberbürgermeister der
Stadt Homburg
Herrn Michael Forster
Rathaus am Forum 5
66424 Homburg

Datum 20. Oktober 2025

Antrag auf Unterrichtung und Diskussion
Rückgliederung der unmittelbaren Beteiligungen der Kreisstadt Homburg
Stadtratssitzung am 30. Oktober 2025

Sehr geehrter Oberbürgermeister,
Lieber Michael Forster,

aufgrund eines – aktuell – nicht genehmigungsfähigen Haushaltes 2026 sind Stadtverwaltung und Stadtrat aufgerufen, nach finanziellen Einsparpotentialen Ausschau zu halten. Der jüngste Beteiligungsbericht der Stadt Homburg für das Jahr 2022 wurde im Juni 2025 im Stadtrat vorgestellt. Die Stadt ist an insgesamt fünf Unternehmen des privaten Rechts unmittelbar beteiligt.

Durch eine Rückgliederung ließen sich u.a. die Kosten und der Zeitaufwand für die Erstellung und Prüfung der jeweiligen Jahresabschlüsse einsparen – ohne auf das Dienstleistungsangebot der unterschiedlichen Gesellschaften verzichten zu müssen.

Die Rückgliederung der **Musikschule Homburg gGmbH** ist vor mehreren Jahren in der vorherigen Sitzungsperiode beschlossen worden.

Wir bitten um Unterrichtung zum aktuellen Stand und dem zeitlichen Ausblick für die Umsetzung der Rückgliederung. Welche Voraussetzungen bzw. verbindliche Auskünfte befinden sich noch in Klärung?

Sowohl im Haupt- und Finanzausschuss (3. September 2025) als auch im Rechnungsprüfungsausschuss (8. Oktober 2025) kam die Rückgliederung der **Wirtschaftsförderung Homburg GmbH** zur Sprache. Ebenso ließe sich wohl die **Homburger Kulturgesellschaft gGmbH** ohne Einschränkung des Kulturangebotes rückgliedern.

Wir bitten um eine ausgewogene Darstellung der pro und contra Argumente aus Sicht der Verwaltung im Hinblick auf die finanziellen Einsparungen sowie auf das jeweilige Dienstleistungsangebot.

Auf Basis einer transparenten Darstellung kann der Stadtrat eine fundierte Grundsatzentscheidung über deren Rückgliederung – vergleichbar mit derjenigen der Musikschule Homburg gGmbH - im Zuge der Beratungen zum Haushalt 2026 treffen.

mit besten Grüßen


Marc Piazolo

2025/0783/100

öffentlich

Antrag

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: SPD-Fraktion



Antrag der SPD-Fraktion: Unschöne Situation überfüllter Altkleider-Container

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Stadtrat (Entscheidung)	30.10.2025	Ö

Anlage/n

- 1 Antrag SPD Fraktion Altkleidercontainer (öffentlich)



SPD-Fraktion im Homburger Stadtrat

SPD Fraktion im Homburger Stadtrat
Pascal Conigliaro * Fontanestraße 5 * 66424 Homburg

Vorsitzender:
Pascal Conigliaro

Stellvertreterin:
Sevim Kaya-Karadag

Geschäftsführer:
Torsten Feix

Schatzmeisterin:
Stefanie Simon

An die
Kreisstadt Homburg
Herrn Oberbürgermeister Forster
über das Hauptamt Frau Puchner

06.10.2025

Antrag der SPD-Fraktion: „Unschöne Situation überfüllter Altkleider-Container“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie unseren nachfolgenden Fraktionsantrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung zu nehmen.

Vielen Dank vorab und freundliche Grüße

Pascal Conigliaro Teresa Stolz-Fernandez
für die SPD Fraktion im Homburger Stadtrat

Stefanie Simon

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten zu prüfen, ob es möglich ist,

- i) zusätzliche Altkleider-Container aufzustellen bzw. aufstellen zu lassen und
- ii) auf eine häufigere Leerung der bestehenden Container bei den einzelnen Anbietern zu drängen.

Begründung

In allen Stadt- und Ortsteilen der Stadt Homburg herrscht dasselbe unschöne Bild vor. Vor überfüllten Altkleider-Containern werden zunehmend Kleiderberge abgeladen und es kommt vereinzelt sogar zu Müllablagerungen im direkten Umfeld der Container.

Zuletzt wurde die Situation dadurch verschärft, dass von den bisherigen privaten Betreibern die Anzahl der Altkleidercontainer mitunter deutlich reduziert worden ist.

Für unsere Kreisstadt entsteht dadurch sowohl bei Anwohnerinnen und Anwohnern als auch bei Besuchenden eine sehr negative Wahrnehmung und dies trotz der zahlreichen Bemühungen wie z.B. durch die Beteiligung an der „Aktion Saubere Stadt“, „World Cleanup Day“ oder „PiccoBello“.

Ein ähnlicher Antrag (Prüfauftrag) wurde bereits im Ortsrat Jägersburg gestellt und dort ungeändert beschlossen. Da das Problem wie zuvor beschrieben die Stadt im Gesamten betrifft und der Sachverhalt nicht in jedem Ortsrat einzeln erörtert werden muss, soll der Antrag nun im Stadtrat für das gesamte Stadtgebiet vorgebracht werden.

Die SPD-Fraktion bittet insofern um Zustimmung.

2025/0785/100

öffentlich

Antrag

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: SPD-Fraktion



Antrag der SPD-Fraktion: Demokratie erfahren – Ihre Schule macht den Unterschied!

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Stadtrat (Entscheidung)	30.10.2025	Ö

Anlage/n

- 1 Antrag SPD Fraktion Demokratie erfahren (öffentlich)



SPD-Fraktion im Homburger Stadtrat

SPD Fraktion im Homburger Stadtrat
Pascal Conigliaro * Fontanestraße 5 * 66424 Homburg

Vorsitzender:
Pascal Conigliaro

Stellvertreterin:
Sevim Kaya-Karadag

Geschäftsführer:
Torsten Feix

Schatzmeisterin:
Stefanie Simon

An die
Kreisstadt Homburg
Herrn Oberbürgermeister Forster
über das Hauptamt Frau Puchner

06.10.2025

Antrag der SPD-Fraktion: „Demokratie erfahren – Ihre Schule macht den Unterschied!“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie unseren nachfolgenden Fraktionsantrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung zu nehmen.

Vielen Dank vorab und freundliche Grüße

Pascal Conigliaro Thomas Höchst
für die SPD Fraktion im Homburger Stadtrat

Antrag

Prüfung von (schulischen) Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der Demokratieerziehung für Kinder und Jugendliche durch die Stadt Homburg (in Kooperation mit dem Saarpfalz-Kreis).

Begründung

Demokratie erfahren – Ihre Schule macht den Unterschied!

Eine Initiative des Homburger Stadtrates zusammen mit dem Saar-Pfalz-Kreis für alle Homburger Schulen

„Jede Schule in Deutschland muss eine Schule der Demokratie sein. Ein Ort, an dem Schülerinnen und Schüler lernen, einander mit Respekt zu begegnen, aufeinander Rücksicht zu nehmen, Konflikte mit Argumenten auszutragen, Verantwortung für sich selbst und für andere zu übernehmen. Ein Ort, an dem junge Menschen das Miteinander in unserer, manchmal nicht einfachen, vielfältigen Gesellschaft lernen.“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sprach bei der Verleihung des Deutschen Schulpreises 2023 aus, was angesichts vieler aktueller gesellschaftlicher Krisen für die Demokratie entscheidend ist: Schulen sind die Orte, an denen demokratische Werte vermittelt, erlebt und gestaltet werden.

Prüfauftrag

Genau diesen Gedanken greift diese Initiative des Homburger Stadtrates auf und leitet dazu drei Maßnahmen ein:

1. Kinder- und Jugendfragestunde innerhalb der Bürgerfragestunde

Innerhalb der Bürgerfragestunde soll es die Einrichtung einer Kinder- und Jugendfragestunde an den Homburger Stadtrat geben. Hier sollen speziell Kinder und Jugendliche Fragen aus ihrer Sichtweise stellen können. Alle Schulen, Jugendzentren, Kinderzentren und die Jugendhilfe des Landkreises sollen angeschrieben und die Öffentlichkeit informiert werden, um auf diese Möglichkeit hinzuweisen, dass in Zukunft Kinder- und Jugendliche konkrete Fragen an den Homburger Stadtrat stellen können.

2. Schulen besuchen den Homburger Stadtrat

Zu Stadtratssitzungen, die Themen aufgreifen, die für Kinder- und Jugendliche interessant sind, wird jeweils eine Schule aus Homburg persönlich eingeladen, um die Stadtratssitzung vor Ort verfolgen zu können. Hierzu erfolgt jeweils ein Anschreiben an die Schulleitung.

Neben einer persönlichen Begrüßung könnten die Schüler im Nachgang einen Feedbackbogen ausfüllen, um ihren Eindruck von der Stadtratssitzung zu schildern.

3. Schulpreis „Demokratie leben“

Im Mittelpunkt steht, die Leistung von Schulen anzuerkennen und die Demokratie in unterschiedlichen Dimensionen erfahrbar zu machen. Gesucht werden Beispiele, die zeigen, wie Schulen demokratische Prozesse fördern, Beteiligung ermöglichen und Verantwortung übertragen – sowohl im Unterricht als auch in der Schulgemeinschaft.

Eine Kommission aus Vertreterinnen und Vertretern des Homburger Stadtrates, des Kreistages und des Jugendbeirates prämiiert Schulen, in denen Kinder und Jugendliche (gemeinsam mit Erwachsenen) Demokratie lernen, leben und gestalten können und Impulse für eine demokratische Schul- und Unterrichtsentwicklung geben.

Hierzu gehören alle Projekte für Demokratiebildung, bei denen Schülerinnen und Schülern und allen an Schule beteiligten Personen demokratische Erfahrungen ermöglicht und demokratische Handlungskompetenz gefördert wird.

Der Preis bietet Schulen die Möglichkeit, ihre demokratiepädagogische Entwicklung öffentlich zu machen und zu zeigen, wie Demokratie in Schule gelebt und gelernt werden kann.

Kategorie: Zwei Kategorien werden ausgeschrieben:

1. Grundschulen
2. Weiterführende Schulen (Allgemein bildende und berufliche)

Inhalte: Alle Projekte, die an der Schule durchgeführt werden, die dazu beitragen können, das Demokratieverständnis der Schüler zu stärken.

Dies kann dort sein, wo

- gemeinsam etwas geplant und durchgeführt wird
- wo Diskussionen geführt werden und Lösungswege gesucht werden
- wo Meinungen ausgetauscht und akzeptiert werden

Beispiele sind der Einsatz von Streitschlichtern, ein gut etabliertes Schülerparlament, Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Schulgestaltung, Mitbestimmungsrechte, Schul- und

Stadtteilaktionen, Teilnahme als FREI DAY Schulen (<https://frei-day.org/programm/frei-day-region-saarland/>) oder Teilnehmende am DKJS-Projekt: <https://www.dkjs.de/programm/dein-saarland/>, ein gemeinsamer Schulethos mit Wertschätzung und Umsetzung im Alltag, ...

Beantragung: Formlos. Alle Beiträge sind möglich, die Ihre Bemühungen um Demokratie darstellen. Beschreibung der Projekte in Papierform, Bilder oder Videos möglich. Versand per E-Mail an: FunktionsadresseSchulbeauftragter@homburg.de

Preise: Alle teilnehmenden Schulen erhalten eine Urkunde als Auszeichnung für ihre Demokratiebemühungen.

Der erste Preisträger der jeweiligen Kategorie bekommt eine Einladung in den Stadtrat, wo er sein Projekt kurz vorstellen kann und ein Preisgeld von _____ Euro überreicht bekommt.

Die SPD Homburg bittet um die Prüfung der Einführung der beschriebenen Vorschläge.

2025/0785/100-01

öffentlich

Antrag

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: CDU-Fraktion



Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der SPD-Fraktion: Demokratie erfahren – Ihre Schule macht den Unterschied!

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Stadtrat (Entscheidung)	30.10.2025	Ö

Anlage/n

- 1 CDU Fraktion Änderungsantrag Demokratie erfahren (öffentlich)

CDU-Fraktion Homburg | Alleestraße 15 | 66424 Homburg

Kreisstadt Homburg
Herrn Oberbürgermeister
Michael Forster
Am Forum 5
66424 Homburg

Homburg, den 28.10.2025

Änderungsantrag zu TOP 7 der Sitzung des Stadtrates am 30. Oktober 2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit bitte ich Sie im Namen meiner Fraktion, den nachfolgenden Änderungsantrag zu TOP 7 der Stadtratssitzung am 30. Oktober 2025 (Antrag der SPD-Fraktion: Demokratie erfahren – Ihre Schule macht den Unterschied!) auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Rippel
(Fraktionsvorsitzender)

Änderungsantrag zu TOP 7 der Sitzung des Stadtrates am 30. Oktober 2025 (Antrag der SPD-Fraktion: Demokratie erfahren – Ihre Schule macht den Unterschied!)

Der Stadtrat möge den Antrag gemäß nachfolgender Änderungen beschließen:

- Ziff. 1 wird durch folgende Formulierung ersetzt:
Seit dem Jahr 2022 gibt es einen Jugendbeirat und seit dem Jahr 2024 eine Beigeordnete für Jugend in Homburg, die sich für die Belange von Kindern und Jugendlichen einsetzen. Alle Schulen, Jugendzentren, Kinderzentren und die Jugendhilfe sollen angeschrieben und darüber informiert werden, dass es die Möglichkeit gibt, mit diesen Akteuren sowie mit dem Beauftragten für Schulen in Kontakt zu treten.
- Ziff. 2 wird durch folgende Formulierung ersetzt:
Per Schreiben an die jeweiligen Schulleitungen können gezielt Jugendliche aus Politik- und Gesellschaftswissenschaftlichen Klassen und Kursen der weiterführenden Schulen zu Stadtratssitzungen als möglichem festen Baustein der Demokratiebildung an Schulen eingeladen werden. Darüber hinaus soll es den weiterführenden Schulen in Homburg in Koordination durch den Beauftragten für Schulen im Einvernehmen mit der Beigeordneten für Jugend angeboten werden, dass Mitglieder des Stadtrates diese besuchen und auch so mit den Schülerinnen und Schülern in Austausch treten können.
- Ziff. 3 wird ungeändert beschlossen.
- Es wird folgende neue Ziff. 4 ergänzt:
Der Beschluss des Stadtrates wird an den Landrat des Saarpfalz-Kreises, auch in seiner Funktion als Vorsitzender der Siebenpfeiffer-Stiftung, übermittelt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

2025/0786/100

öffentlich

Antrag

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: SPD-Fraktion



Antrag der SPD-Fraktion: Einladung Bosch und WireCo

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Stadtrat (Entscheidung)	30.10.2025	Ö

Anlage/n

- 1 Antrag SPD Fraktion Einladung Bosch und Wireco (öffentlich)



SPD-Fraktion im Homburger Stadtrat

SPD Fraktion im Homburger Stadtrat
Pascal Conigliaro * Fontanestraße 5 * 66424 Homburg

An die
Kreisstadt Homburg
Herrn Oberbürgermeister Forster
über das Hauptamt Frau Puchner

Vorsitzender:
Pascal Conigliaro

Stellvertreterin:
Sevim Kaya-Karadag

Geschäftsführer:
Torsten Feix

Schatzmeisterin:
Stefanie Simon

17.10.2025

Antrag der SPD-Fraktion: „Einladung Bosch und WireCo“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie unseren nachfolgenden Fraktionsantrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung zu nehmen.

Vielen Dank vorab und freundliche Grüße

Pascal Conigliaro
für die SPD Fraktion im Homburger Stadtrat

Sevim Kaya-Karadag

Thomas Höchst

Antrag

Die SPD Fraktion im Homburger Stadtrat stellt den Antrag die Betriebsratsvorsitzenden der Werke Bosch und Wireco vor dem Homburger Stadtrat sprechen zu lassen, um die Situation vor Ort in den Werken und den aktuellen Sachstand zu dem angekündigten Personalabbau darzustellen. Parallel dazu empfiehlt es sich, den Vertretern von Unternehmensseite ebenfalls die Gelegenheit zu geben, vor dem Stadtrat zu sprechen, weshalb beantragt wird, diese ebenso einzuladen.

Begründung

In beiden Werken herrscht eine große Betroffenheit der Mitarbeiter und die Angst vor drohenden betriebsbedingten Kündigungen.

Die Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft und den Industriestandort Homburg insgesamt sind noch nicht abzuschätzen.

Mit dem Antrag soll für die eingeladenen Personen die Möglichkeit geschaffen werden, für die tausenden betroffenen Menschen in den Betrieben zu sprechen, um die Mitglieder des Stadtrates

aus erster Hand zu informieren und zu sensibilisieren. Ebenso soll es den Stadtratsmitgliedern möglich sein, Fragen an die eingeladenen Personen zu richten.

2025/0784/100

öffentlich

Antrag

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: SPD-Fraktion



Antrag der SPD-Fraktion: Verabschiedung der Resolution: Für ein Bündnis für Arbeit, Beschäftigung und einen investitionsfreundlichen Wirtschaftsstandort Homburg

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Stadtrat (Entscheidung)	30.10.2025	Ö

Anlage/n

- 1 Resolution SPD Fraktion Bosch und Wireco (öffentlich)



SPD-Fraktion im Homburger Stadtrat

SPD Fraktion im Homburger Stadtrat
Pascal Conigliaro * Fontanestraße 5 * 66424 Homburg

Vorsitzender:
Pascal Conigliaro

Stellvertreterin:
Sevim Kaya-Karadag

Geschäftsführer:
Torsten Feix

Schatzmeisterin:
Stefanie Simon

An die
Kreisstadt Homburg
Herrn Oberbürgermeister Forster
über das Hauptamt Frau Puchner

17.10.2025

Antrag der SPD-Fraktion: „Verabschiedung der Resolution: Für ein Bündnis für Arbeit, Beschäftigung und einen investitionsfreundlichen Wirtschaftsstandort Homburg“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie unseren nachfolgenden Fraktionsantrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung zu nehmen.

Vielen Dank vorab und freundliche Grüße

Pascal Conigliaro Sevim Kaya-Karadag
für die SPD Fraktion im Homburger Stadtrat

Thomas Höchst

Antrag

Die SPD-Fraktion beantragt die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution im Stadtrat:

Für ein Bündnis für Arbeit, Beschäftigung und einen investitionsfreundlichen Wirtschaftsstandort Homburg

Begründung

Die Stadt Homburg und die gesamte Region stehen vor tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen. Strukturelle Veränderungen in der Automobilzuliefererbranche, die Schließung von Produktionsstandorten wie bei Schaeffler und Michelin sowie der angekündigte Stellenabbau bei Bosch und Wireco gefährden hunderte Arbeitsplätze und damit die soziale Stabilität der Region. Mit dem Abbau von Arbeitsplätzen geht auch ein Rückgang an Ausbildungsplätzen einher.

Gleichzeitig zeigen Investitionen wie die Ansiedlung der Viega Group am Zunderbaum, dass Homburg weiterhin Potenzial als Wirtschaftsstandort besitzt.

Der wirtschaftliche Strukturwandel trifft Homburg besonders hart. Die Transformation hin zur Mobilität der Zukunft und die Digitalisierung der Arbeitswelt führen zu Arbeitsplatzverlusten in traditionellen Industriezweigen. Gleichzeitig besteht ein Fachkräftemangel – insbesondere in Zukunftsbranchen wie Medizintechnik, Pflege, IT und Handwerk.

Angesichts dieser Entwicklungen fordert der Stadtrat die Stadt Homburg auf, ein „Bündnis für Arbeit, Beschäftigung und einen investitionsfreundlichen Wirtschaftsstandort Homburg“ einzurichten.

Dabei sollen die folgenden Ziele verfolgt werden:

- Einbindung aller relevanten Akteure – Stadtverwaltung, Gewerkschaften, Unternehmen, Kammern, Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftliche Organisationen – in einen gemeinsamen Dialogprozess.
- Förderung von Zukunftsbranchen wie Medizintechnik, Digitalisierung, Pflege, autonomes Fahren, Wasserstofftechnologien und nachhaltige Produktion durch gezielte Ansiedlungspolitik und Innovationsförderung in Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium des Saarlandes.
- Erarbeitung von Konzepten, weshalb Unternehmen in Homburg investieren sollten.
- Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen durch gezielte Standortpolitik, Investitionsförderung und Unterstützung von Unternehmen bei der Transformation der Arbeitswelt.
- Koordinierte Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen für von Arbeitsplatzverlust betroffene Beschäftigte – insbesondere in Kooperation mit der Agentur für Arbeit und regionalen Bildungsträgern.
- Förderung einer engen und abgestimmten Zusammenarbeit im Saarpfalz-Kreis und der Region Zweibrücken, um regionale Synergien zu nutzen und gemeinsame Strategien zu entwickeln.
- Einbettung von allen gesellschaftlichen Bereichen, die in einer Folgewirkung von einem Arbeitsplatzabbau in unserer Region und dadurch schwindende Kaufkraft betroffen sind: Mittelstand, Einzelhandel, Kultur, Sportvereine, ...

Die Unterzeichnenden dieser Resolution erklären ihre Bereitschaft, sich aktiv an der Entwicklung und Umsetzung eines Bündnisses für Arbeit und Beschäftigung Homburg zu beteiligen. Ziel ist es, gemeinsam tragfähige Lösungen für die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Region zu entwickeln und umzusetzen.

2025/0787/100

öffentlich

Antrag

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: Fraktion Die Linke



Antrag der Fraktion Die Linke: Resolution zum geplanten Stellenabbau mit Werksschließung bei BOSCH in Homburg: Stoppt den Kahlschlag! Solidarität mit den Beschäftigten!

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Stadtrat (Entscheidung)	30.10.2025	Ö

Anlage/n

- 1 Resolution Stadtrat Bosch Okt. 2025 (öffentlich)

**Fraktion im Stadtrat
Homburg**

Barbara Spaniol
Vorsitzende

Homburg, 21.10.25

Herrn Oberbürgermeister
Michael Forster
Stadt Homburg
Am Forum
66424 Homburg

Einbringung einer Resolution für die nächste Stadtratssitzung am 30.10.25

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

gem. § 41 Abs. 1 KSVG beantrage ich im Namen der Fraktion Die Linke im Stadtrat Homburg die Aufnahme von folgendem Tagesordnungspunkt für die nächste Stadtratssitzung am 30.10.25:

**TOP: Resolution zum geplanten Stellenabbau mit Werksschließung bei BOSCH in Homburg:
Stoppt den Kahlschlag! Solidarität mit den Beschäftigten!**

Mit der Bitte um Berücksichtigung und mit freundlichen Grüßen

Barbara Spaniol - Fraktionsvorsitzende -

Anlage: Resolution

Resolution zum geplanten Stellenabbau mit Werksschließung bei BOSCH in Homburg

Der Stadtrat der Kreis- und Universitätsstadt Homburg steht mit voller Solidarität hinter den Beschäftigten von BOSCH in Homburg mit ihren Familien und beschließt folgende Resolution:

Stoppt den Kahlschlag! Solidarität mit den Beschäftigten!

Die Entscheidung des BOSCH-Konzerns, beim Werk „BOSCH-West“ rund 1.250 Arbeitsplätze abzubauen, stellt einen dramatischen Einschnitt für die Region und insbesondere für die betroffenen Beschäftigten und ihre Angehörigen dar. Dieser geplante Abbau ist Ausdruck einer Unternehmenspolitik, die sich offenbar an reiner Profitmaximierung orientiert und soziale Verantwortung völlig außer Acht lässt. Die Beschäftigten, die mit ihrer täglichen Arbeit, ihrer Kompetenz und ihrer Motivation den Standort Homburg tragen, sollen nun für strategische Fehlentscheidungen und verpasste Investitionen in Zukunftstechnologien die Zeche begleichen.

Besonders schwer wiegt außerdem die Tatsache, dass diese Maßnahme nicht isoliert zu betrachten ist: Die bisherigen industriepolitischen Strategien von Bund und Land haben es versäumt, die strukturellen Herausforderungen rechtzeitig und konsequent anzugehen. Der Rückzug großer Unternehmen erfolgt in einem politischen Umfeld, das sich zwar oft als industriefreundlich inszeniert, aber keine tragfähige Perspektive für Transformation und Standortbindung entwickelt hat. Es wurde bisher versäumt, industrielle Wertschöpfung gemeinsam mit dem Mittelstand zu sichern, Abhängigkeiten von global agierenden Konzernen zu verringern und aktive Industriepolitik mit sozialem Anspruch wirklich umzusetzen.

Transformation darf nicht Arbeitsplatzabbau bedeuten, sondern muss Alternativen in neue zukunftsorientierte Produktbereichen aufzeigen - und zwar fair bezahlt, zu guten Bedingungen und mit öffentlichen Investitionen. BOSCH ist in der Pflicht, für Transparenz und Perspektiven bei der Neuausrichtung zu sorgen und die Belegschaft dabei mitzunehmen.

Der Stadtrat Homburg erklärt sich uneingeschränkt solidarisch mit den Beschäftigten am Standort Homburg. Wir sagen klar: Menschen dürfen niemals als ein bloßer Kostenfaktor behandelt werden! Der Verlust der Arbeitsplätze hat gravierende soziale Folgen für ganze Familien und unsere gesamte Region. Die Forderungen der IG Metall nach Beschäftigungssicherheit, dem Erhalt von Ausbildungsplätzen, einem klaren Bekenntnis zum Standort Homburg und einer sozialverträglichen Transformation mit echter Mitbestimmung sind vollumfänglich zu unterstützen.

Ebenso spielen Industrie- oder Wirtschaftsdialoge auf regionaler Ebene mit den Handelnden vor Ort - mit der Politik, Betriebsräten und Gewerkschaften etc. - zur Sicherung der Arbeitsplätze eine große Rolle. Der Stadtrat Homburg war und ist immer wieder dazu bereit. Eine enge Kooperation mit der Transformationswerkstatt Saar der IG Metall ist unverzichtbar.

Eine verantwortungsvolle Industriepolitik muss Beschäftigte als Partner der Transformation begreifen. Diese wissen am besten, was sie produzieren können. Es braucht mehr Investitionen in die ökologische Modernisierung der Produktion, demokratische Mitbestimmung in wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen und klare, feste Regeln für soziale Absicherung im Wandel. Die notwendige sozial-ökologische Transformation kann nur gelingen, wenn sie auf Gerechtigkeit, Sicherheit und Mitgestaltung basiert. Das Saarland braucht eine mutige Industriepolitik, die Arbeitsplätze erhält, Innovation fördert und die regionale Entwicklung langfristig sichert - auch am zweitgrößten Wirtschaftsstandort Homburg.

Der Stadtrat steht fest an der Seite der Belegschaften der BOSCH-Werke. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Betriebsräten und der Zivilgesellschaft setzt er sich für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Bosch in Homburg und für eine gerechte, sozial und ökologisch gestaltete Industriepolitik mit Zukunft im Saarland ein.

BOSCH in Homburg muss bleiben!

2025/0556/10-01

öffentlich

Beschlussvorlage

10 - Hauptamt

Bericht erstattet: OB Michael Forster



Weisungsrecht – Abstimmungsverhalten des Vertreters der Kreisstadt Homburg in der Verbandsversammlung des Entsorgungsverbandes Saar (EVS) am 09.12.2025

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Haupt- und Finanzausschuss (Vorberatung)	08.10.2025	N
Stadtrat (Entscheidung)	30.10.2025	Ö

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat erteilt dem Vertreter der Kreisstadt Homburg keine Weisung bezüglich des Abstimmungsverhaltens in der Verbandsversammlung des EVS am 09.12.2025.

Sachverhalt

In der am 09.12.2025 stattfindenden EVS-Verbandsversammlung wird über folgende Verhandlungsgegenstände abgestimmt, die zu den weisungsgebundenen Angelegenheiten im Sinne von § 114 Abs. 4 KSVG (siehe § 7 Abs. 2 EVSG i.V.m. § 114 Abs. 4 KSVG) gehören:

1. Wirtschaftsplan 2026 des EVS,
2. Festlegung des Einheitlichen Verbandsbeitrags sowie des einjährigen Kalkulationszeitraums.

Die Begründungen zu den einzelnen Beratungspunkten sind als Anlage beigefügt.

Im Rahmen der Regionalforen am 28. und 29. Oktober 2025 ist es den Mandatsträgern möglich, Fragen zum Wirtschaftsplan 2026 zu stellen und sich eine umfassende Grundlage für die Beratungen in den Räten zu schaffen.

Anlage/n

- 1 Entwurf Wirtschaftsplan 2026 (nichtöffentlich)
- 2 Begründungen (öffentlich)

Begründung:

zu 1:

EVS-Abfallwirtschaft

Bereits in der Verbandsversammlung am 10.12.2024 wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Wirtschaftsplan 2025 eine Gebührenerhöhung von 3,9% (im Mittel über alle Abfallgefäße) für das Jahr 2026 beschlossen.

Aufwandsseitig ergeben sich im Vergleich zum Vorjahr – mit Ausnahme von inflationsbedingten Kostensteigerungen - keine wesentlichen Veränderungen.

Als **Ergebnistreiber in der Sparte Abfall** ist grundsätzlich die im Jahr 2024 erstmals eingeführte CO₂-Bepreisung von Abfallbrennstoffen gem. Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) zu nennen. Für das Jahr 2026 fallen bei einem Zertifikatspreis zwischen 55,00 EUR und 65,00 EUR Mehrkosten gegenüber dem Jahr 2023 von rd. 7,5 Mio. EUR (brutto) an.

Weitere Mehraufwendungen ergeben sich bei den Aufwendungen für das „Einsammeln und Befördern“ sowie bei den Zinsaufwendungen – im Wesentlichen bedingt durch den Bau des neuen BioMasseZentrums am Standort Velsen.

Im Ergebnis plant der EVS in der Sparte Abfallwirtschaft einen Jahresfehlbetrag von rd. - 6,7 Mio. EUR.

Der Jahresfehlbetrag kann handelsrechtlich durch bestehende Gewinnvorträge gedeckt werden. Gebührenrechtlich werden zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages bestehende Gebührenüberdeckungen eingesetzt.

Das **Investitionsprogramm** der Sparte Abfallwirtschaft für das Jahr 2026 weist Investitionen in Höhe von rd. 6,4 Mio. EUR brutto aus.

Die **5-jährige Finanzplanung der Sparte Abfallwirtschaft** zeigt bis zum Jahr 2029 trotz moderater Gebührenerhöhungen in Höhe von 3,9% p.a. in allen dargestellten Jahren der Höhe nach abnehmende Jahresfehlbeträge. Diese können durch bestehende Gebührenüberdeckungen in voller Höhe ausgeglichen werden.

EVS-Abwasserwirtschaft

Im Jahr 2023 erfolgte erstmals seit 2012 eine Erhöhung des einheitlichen Verbandsbeitrages um 3% um die bestehenden finanziellen Risiken (insbesondere infolge des Ukraine-Krieges) sowie den damaligen Rückgang der Frischwassermenge zu kompensieren.

Der Erhöhungspfad wurde auch in den Folgejahren (2024 und 2025) mit jeweils einer Steigerung von 6,8% p.a. vollzogen, um bei deutlich gestiegenen Aufwendungen (insbesondere Energieaufwand, Zinsaufwand), die Tragfähigkeit des Verbandes zu gewährleisten.

Um die weiterhin anfallenden, erhöhten Aufwendungen auch in den Folgejahren tragen zu können, muss der eingeschlagene Erhöhungspfad auch im Wirtschaftsplan 2026 fortgeführt werden. Der einheitliche Verbandsbeitrag erhöht sich auch für das Jahr 2026 von EUR 3,588 um weitere 6,8% auf EUR 3,832 pro Kubikmeter Frischwasser.

Aktuell ist davon auszugehen, dass sich der eingeschlagene Erhöhungspfad **ab dem Jahr 2027 deutlich abflacht**. So zeigt die **5-jährige Finanzplanung der Abwasserwirtschaft im** Wirtschaftsplan 2026 eine weitere stufenweise Erhöhung des einheitlichen Verbandsbeitrags um jeweils 2,5% p.a. für die Jahre 2027 und 2028.

Wesentliche **Ergebnistreiber** im Wirtschaftsplan 2026 sind weiterhin das hohe Strompreisniveau, vergleichsweise hohe, inflationsbedingte Tarifabschlüsse sowie die allgemeine Preissteigerung vor allem in den Bereichen Unterhaltung und Reparatur.

Im Ergebnis plant der EVS in der Sparte Abwasserwirtschaft einen Jahresüberschuss von rd. 2,2 Mio. EUR.

Im **Investitionsprogramm** der Sparte Abwasserwirtschaft für das Jahr 2026 weist der EVS eine Investitionssumme von rd. 106,3 Mio. Euro aus. Diese entfällt mit rd. 85,5 Mio. Euro auf EVS-eigene Bau-Projekte sowie mit 11,6 Mio. Euro auf Projekte Dritter. Weitere 1,7 Mio. Euro entfallen auf allgemeine Maßnahmen. Zusätzliche 7,5 Mio. setzen sich aus den aktivierbaren Eigenleistungen, den Bauzeitinszen und den Ausgleichszahlungen für Entlastungsanlagen zusammen.

zu 2:

Der Einheitliche Verbandsbeitrag (Gebühr für die Abwasserreinigung in den EVS-Anlagen) steigt zum 01.01.2026 (**Kalkulationszeitraum: 1 Jahr**) um 6,8 Prozent - von 3,588 Euro um 24,4 Cent auf 3,832 Euro pro Kubikmeter verbrauchtem Frischwasser. Bei einem Pro-Kopf-Verbrauch von durchschnittlich 45 Kubikmetern Frischwasser pro Jahr bedeutet das eine Mehrbelastung von 0,915 Euro pro Bürger(in) und Monat.

2025/0770/10

öffentlich

Beschlussvorlage

10 - Hauptamt

Bericht erstattet: Kerstin Puchner



Besetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Homburg GmbH

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Stadtrat (Entscheidung)	30.10.2025	Ö

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat schlägt der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Homburg GmbH ein Ratsmitglied zur Wahl in den Aufsichtsrat vor.

Sachverhalt

Gemäß § 8 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Homburg GmbH besteht der Aufsichtsrat aus 18 Mitgliedern. Der Oberbürgermeister und der Bürgermeister der Kreisstadt Homburg sind kraft Amtes Mitglied im Aufsichtsrat. 11 Mitglieder des Aufsichtsrates werden auf Vorschlag des Stadtrates, 2 Mitglieder auf Vorschlag der Thüga und ein Mitglied auf Vorschlag der EEW durch die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft in den Aufsichtsrat gewählt.

Herr Gerhard Wagner (SPD-Fraktion) hat am 10. Oktober 2025 die Niederlegung seines Aufsichtsratsmandates erklärt. Gemäß § 8 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Homburg GmbH kann jedes Mitglied sein Amt durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gesellschaft unter Einhaltung einer vierwöchigen Kündigungsfrist niederlegen. Das Aufsichtsratsmandat von Herrn Wagner endet somit zum 07. November 2025.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

Keine

2025/0704/100

öffentlich

Beschlussvorlage

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: Kerstin Puchner



Geld- und Sachzuwendungen für die Ortsräte

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Haupt- und Finanzausschuss (Vorberatung)	08.10.2025	N
Stadtrat (Entscheidung)	30.10.2025	Ö

Beschlussvorschlag

Die den Ortsräten jährlich zur Verfügung stehenden Budgets werden ab 2026 neu festgesetzt.

Sachverhalt

Jeder Ortsrat erhält aktuell einen Sockelbetrag in Höhe von 500 EUR sowie einen Betrag von 0,75 EUR je Einwohner. Der aus der Einwohnerzahl resultierende Betrag wird auf volle 100 EUR gerundet.

Die Verwaltung schlägt als Ergebnis der am 21. August 2025 stattgefundenen Vierteljahresbesprechung mit den Ortsvorsteherinnen und den Ortsvorstehern vor, ab dem Haushaltsjahr 2026 unter Beibehaltung des Sockelbetrages den Betrag je Einwohner auf 1,00 EUR zu erhöhen.

Das Budgetvolumen beträgt sodann für den Ortsrat

- Beeden 3.300 EUR
- Bruchhof-Sanddorf 3.500 EUR
- Einöd 4.200 EUR
- Erbach 13.100 EUR
- Homburg 13.200 EUR
- Jägersburg 3.700 EUR
- Kirrberg 3.100 EUR
- Reiskirchen 1.900 EUR
- Schwarzenbach 2.700 EUR
- Wörschweiler 800 EUR

Die Detailberechnungen ergeben sich aus beigefügter Anlage.

Finanzielle Auswirkungen

Das jährliche Gesamtvolumen aller Budgets belaufen sich auf 49.500 EUR. Durch die Erhöhung entstehen jährlich Mehrkosten in Höhe 10.700 EUR.

Anlage/n

- 1 Neuberechnung Budget (öffentlich)

	Einwohnerzahl 2024	Einwohnerzahl 2025 (Stand 01.08.2025)	Ortsrat	Sockelbetrag EUR	je Einwohner 1,00 EUR	Rundung EUR	Gesamt
Beeden	2.755	2.751	Beeden	500,00	2.751,00	2.800,00	3.300,00
Bruchhof	1.887	1.853					
Sanddorf	1.174	1.124					
Gesamt Bruchhof-Sanddorf	3.061	2.977	Bruchhof-Sanddorf	500,00	2.977,00	3.000,00	3.500,00
Einöd	2.851	2.848					
Ingweiler	157	156					
Schwarzenacker	613	602					
Gesamt Einöd	3.621	3.606	Einöd	500,00	3.606,00	3.700,00	4.200,00
Erbach	12.513	12.388					
Lappentascher Hof	197	173					
Gesamt Erbach	12.710	12.561	Erbach	500,00	12.561,00	12.600,00	13.100,00
Homburg	12.583	12.668	Homburg	500,00	12.668,00	12.700,00	13.200,00
Jägersburg	2.769	2.766					
Altbreitenfelderhof	124	124					
Websweiler	255	258					
Gesamt Jägersburg	3.148	3.148	Jägersburg	500,00	3.148,00	3.200,00	3.700,00
Kirrburg	2.622	2.580	Kirrburg	500,00	2.580,00	2.600,00	3.100,00
Reiskirchen	1.334	1.330	Reiskirchen	500,00	1.330,00	1.400,00	1.900,00
Schwarzenbach	2.186	2.124	Schwarzenbach	500,00	2.124,00	2.200,00	2.700,00
Wörschweiler	274	270	Wörschweiler	500,00	270	300	800
Gesamt	44.294	44.015					49.500,00

Ortsrat	Budget alt	Budget neu
Beeden	2.600,00 €	3.300,00 €
Bruchhof-Sanddorf	2.800,00 €	3.500,00 €
Einöd	3.300,00 €	4.200,00 €
Erbach	10.100,00 €	13.100,00 €
Homburg	10.000,00 €	13.200,00 €
Jägersburg	2.900,00 €	3.700,00 €
Kirrburg	2.500,00 €	3.100,00 €
Reiskirchen	1.600,00 €	1.900,00 €
Schwarzenbach	2.200,00 €	2.700,00 €
Wörschweiler	800,00 €	800,00 €
Gesamt	38.800,00 €	49.500,00 €

2025/0763/24

öffentlich

Beschlussvorlage

24 - Stabsstelle Beteiligungsmanagement

Bericht erstattet: Geschäftsführer HPS GmbH



Vergabe Linienbündel "Stadt Homburg"

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Stadtrat (Entscheidung)	30.10.2025	Ö
Gesellschafterversammlung der HPS GmbH (Entscheidung)	31.10.2025	N

Beschlussvorschlag

Der Geschäftsführer der Homburger Parkhaus- und Stadtbus GmbH und die Verwaltung der Stadt werden ermächtigt, auf Grundlage der vorliegenden Rahmenbedingungen die Vergabeunterlagen für das Linienbündel „Stadt Homburg“ zu erstellen. Die Ausschreibung wird europaweit durchgeführt.

Sachverhalt

Betriebsstart für den neuen Ausschreibungszeitraum ist der 1.08.2026. Die Vorinformation (Bekanntmachung der Vergabe) wurde bereits im April 2025 veröffentlicht.

Im Rahmen der Vorabinformation wurden die Mindestqualitätsanforderungen verbindlich festgelegt. Eine Unterschreitung dieser ist nicht möglich, eine Erweiterung oder Ergänzung ist jederzeit möglich. Details zum Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungsgesetz sind in der Anlage zur Sitzungsvorlage erläutert.

Aufgabenträger für den Stadtbusverkehr ist der Saarpfalz-Kreis. Für die Ausschreibung und Vergabe selbst ist der Zweckverband Personennahverkehr Saarland in Saarbrücken zuständig. Aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit soll die europaweite Ausschreibung direkt an die Beschlussfassung der Vergabe erfolgen.

Die für den Stadtbusverkehr zuständigen Mitarbeiter des Saarpfalz-Kreises werden an der Stadtratssitzung teilnehmen und für Auskünfte zur Verfügung stehen.

Finanzielle Auswirkungen

Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt ergeben sich nur im Rahmen der Schulverkehre.

Anlage/n

1 Stadtbus 2026 (öffentlich)

Vergabe Stadtverkehr Homburg

Die Vorbereitungen zur Vergabe des Linienbündels „Stadt Homburg“ laufen derzeit. Die Veröffentlichung der Ausschreibung steht unmittelbar bevor. Aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit soll die europaweite Ausschreibung direkt im Anschluss an die Beschlussfassung der Vergabeinhalte erfolgen. Der Betriebsstart ist für den 01.08.2026 vorgesehen. Eine Vorinformation (Bekanntmachung der Vergabe) wurde bereits im April 2025 veröffentlicht.

Im Rahmen dieser Vorinformation wurden die Mindestqualitätsanforderungen verbindlich festgelegt. Eine Unterschreitung dieser Anforderungen ist nicht mehr zulässig; Qualitätssteigerungen in den Vergabeunterlagen sind jedoch jederzeit möglich. Die Qualitätskriterien wurden an die im Saarpfalz-Kreis geltenden Standards angepasst.

Bedienungsqualität / Fahrplan

Der bestehende Fahrplan wird nach aktuellem Stand beibehalten werden. Eine Ausnahme bildet die Linie 516, deren Linienführung über den Marktplatz aufgrund regelmäßig falsch parkender Fahrzeuge häufig zu Verspätungen und Ausfällen in den Folgefahrten geführt hat. Auch die Fahrgastzahlen bestätigen, dass die Linie nur äußerst schwach nachgefragt ist und daher entfallen kann.

Vertragslaufzeit

Die Vertragslaufzeit beträgt 10 Jahre, vom 01.08.2026 bis zum 31.07.2036.

Fahrzeugeinsatz und Qualitätsstandards

Neufahrzeuge:

Auf allen A-Fahrten (regelmäßiger Linienverkehr, keine Schulfahrten) sollen ausschließlich Neufahrzeuge eingesetzt werden. Der hohe Qualitätsstandard, der bereits in den Linienbündeln Saarpfalz-Kreis Süd, Nord und West sowie im Stadtverkehr St. Ingbert etabliert ist, soll auch im Stadtverkehr Homburg fortgeführt werden. Durch die Anforderung von Neufahrzeugen wird zudem der Barrierefreiheit durch größere Mehrzweckflächen Rechnung getragen.

Fahrzeugalter:

Für die regelmäßig im Linienverkehr eingesetzten Fahrzeuge (Linien 511–515) gilt:

- Es müssen Neufahrzeuge eingesetzt werden.
- Das maximale Fahrzeugalter während der gesamten Vertragslaufzeit beträgt 10,5 Jahre.
- Das für den Stadtbus charakteristische „Bussi“-Design wird verpflichtend vorgeschrieben.

Für den übrigen Linienverkehr (Linien 571–574) gilt:

- Das maximale Fahrzeugalter beträgt 19 Jahre.
- Zu Beginn der Vergabe dürfen die Fahrzeuge nicht älter als 11 Jahre sein.

Kategorie / Fahrzeug	A (Linien 511–515)	B (Linien 571–574)
Werbung/Beklebung innen & außen ausgeschlossen	X	X

Kategorie / Fahrzeug	A (Linien 511–515)	B (Linien 571–574)
„Bussi“-Design	X	–
Vergößerte Mehrzweckfläche (mind. 3 Sitzreihen)	X	–
Heizung & Klimaanlage oder Kombigerät	X	X
Videoüberwachungssystem	X	X
Fahrgastzählsystem	X	X
Kostenloser WLAN-Zugang	X	X
Gepolsterte Sitzflächen (Stoffbezug, 3 cm)	X	X
TFT-Monitor (Fahrtverlaufsanzeige im Bus)	X	–
Akustische Haltestellenansage	X	X

Öffnungsklausel für alternative Antriebe

In der Leistungsbeschreibung sowie im Verkehrsvertrag ist eine Öffnungsklausel vorgesehen, die während der Vertragslaufzeit den Wechsel auf alternative Antriebe ermöglicht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf Weisung des Auftraggebers sämtliche verfügbaren Fördermittel in Anspruch zu nehmen und bereits beantragte Förderungen durch den Auftraggeber zu übernehmen.

Einsatz von HVO

Alle Fahrzeuge im Linienbündel Stadt Homburg sollen künftig mit HVO betrieben werden.

HVO (Hydrotreated Vegetable Oil) ist ein synthetischer Dieselmotorkraftstoff, der aus hydrierten Pflanzenölen oder tierischen Abfallfetten hergestellt wird. Er ist chemisch dem fossilen Diesel sehr ähnlich und kann daher ohne technische Umrüstung in bestehenden Dieselmotoren eingesetzt werden.

Damit bietet HVO eine sofort verfügbare Lösung, um die CO₂-Ziele im öffentlichen Busverkehr zu erreichen – insbesondere im Rahmen der Clean Vehicles Directive (CVD) und des deutschen Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes.

Ein wesentlicher Vorteil ist die mögliche Reduktion der CO₂-Emissionen um bis zu 90 %, abhängig von der Herkunft der eingesetzten Rohstoffe. Darüber hinaus werden Feinstaub und Stickoxide deutlich reduziert, was die lokale Luftqualität verbessert.

Da die bestehende Diesel-Infrastruktur weiter genutzt werden kann, sind keine zusätzlichen Investitionen in Fahrzeuge oder Tanktechnik erforderlich.

HVO gilt somit als technologieoffene Brückentechnologie, die einen schnellen, wirtschaftlichen und klimafreundlichen Übergang im ÖPNV ermöglicht.

Stand Förderantrag – Bundesförderung

Der Saarpfalz-Kreis hat fristgerecht einen Förderantrag für den Einsatz von Bussen mit klimafreundlichen, alternativen Antrieben im öffentlichen Personennahverkehr gestellt. Im Stadtverkehr Homburg können insgesamt vier Fahrzeuge mit alternativen Antrieben gefördert werden. Die Förderung beträgt 80 % des Differenzbetrages zwischen dem Kaufpreis eines herkömmlichen Dieselmotors und eines Fahrzeugs mit alternativem Antrieb.

Parallel zur Förderung der Fahrzeuge wird beim Land ein Förderantrag zur Errichtung von Ladeinfrastruktur gestellt. Hier beträgt die Förderquote 40%.

Über die Grundsätzliche Inanspruchnahme der Förderungen und die damit verbundene Implementierung von alternativen Antrieben im Stadtverkehr wird im kommenden Stadtrat im Dezember nach vorheriger Beratung im Aufsichtsrat der HPS und dem Haupt- und Finanzausschuss entschieden.

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Kreisstadt Homburg beschließt:

Die Verwaltung wird ermächtigt, auf Grundlage der vorliegenden Rahmenbedingungen und unter Berücksichtigung der festgelegten Qualitätsanforderungen die Vergabeunterlagen für das Linienbündel „Stadt Homburg“ zu erstellen.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, die europaweite Ausschreibung gemäß den geltenden vergaberechtlichen Vorschriften durchzuführen.

2025/0763/24-01

öffentlich

Beschlussvorlage

24 - Stabsstelle Beteiligungsmanagement

Bericht erstattet: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum TOP 14: Vergabe Linienbündel "Stadt Homburg"

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Stadtrat (Entscheidung)	30.10.2025	Ö

Anlage/n

- 1 Linienbündel TOP 14 Änderungen Grüne (öffentlich)



Stadtratsfraktion Homburg/Saar

Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Marc Piazolo
StV Fraktionsvorsitzende Katrin Lauer
StV Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Frank Kirchhoff

An den
Oberbürgermeister der
Stadt Homburg
Herrn Michael Forster
Rathaus am Forum 5
66424 Homburg

30. Oktober 2025

TOP 14 Antrag auf Änderung der Beschlussvorlage bzw. der Rahmenbedingungen
Vergabe Linienbündel „Stadt Homburg“
Stadtratssitzung am 30. Oktober 2025

Sehr geehrter Oberbürgermeister,

Der Stadtrat beschließt folgende Änderung der Beschlussvorlage:

(1) Unter "Einsatz von HVO" wird Satz 1 gestrichen und wie folgt ersetzt:

Die Stadt strebt einen klimaneutralen Stadtbusbetrieb an. Der Treibstoff HVO wird als Brückentechnologie angesehen. HVO wird nur eingesetzt werden, solange keine alternativen Antriebsformen zur Verfügung stehen.

Begründung:

Satz 1 der Vorlage bedeutet eine Festlegung auf HVO, aus der schwer auszusteigen ist. Dies gilt vor allem für Fahrzeuge, für die es bisher keinen Zuschuss gibt, für die aber Förderaufrufe im Laufe der Vertragslaufzeit möglich sind.


(2) Unter „Fahrzeugeinsatz und Qualitätsstandards“, Ersatz „Neufahrzeuge“ durch „Neuere Fahrzeuge (Alter max. 5 Jahre)“

Begründung:

Die Verwendung von Neufahrzeugen bedeutet eine Pfadabhängigkeit, aus der schwer bzw. mit höheren finanziellen Belastungen seitens des Auftraggebers auszusteigen ist. Nur so sehen wir die Öffnungsklausel für alternative Antriebe und deren Infrastruktur (gefördert durch Bund bzw. Land) im Laufe der Vertragslaufzeit für realistisch umsetzbar. Voraussetzung bleibt hierfür immer die erfolgreiche Bewilligung der Förderanträge. Der hohe Qualitätsstandard bleibt hiervon unbenommen.

mit besten Grüßen

Winfried Anslinger


Marc Piazolo

2025/0766/670

öffentlich

Informationsvorlage

675 - Stabsstelle Umwelt und Klima

Bericht erstattet: Andrea Lippmann



Stand Umsetzung Klimaschutzkonzept

Beratungsfolge

Geplante Sitzungstermine

Ö / N

Sachverhalt

Seit August 2024 wird das Klimaschutzmanagement durch Dipl. Geografin Andrea Lippmann schrittweise aufgebaut, die Umsetzung von Maßnahmen in die Wege geleitet und koordiniert, seit September 2025 als Stabstelle für Umwelt und Klima.

Oberste Priorität hat die Umsetzung von Maßnahmen sowie die strategische Ausrichtung in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Umweltschutz. Mit dem Starkregenvorsorgekonzept und der Kommunalen Wärmeplanung als wichtige Planungsinstrumente stellt sich Homburg zukunftsfähig auf. Besondere Wichtigkeit wird weiterhin auf den natürlichen Klimaschutz gelegt, u.a. durch Entsiegelungen im Stadtgebiet, wie dem Vorplatz der Hohenburg. Der Natürliche Klimaschutz vereint Klimaschutz, Klimaanpassung und Umweltschutz. Damit vereint er mehrere Vorteile: Die Aufenthaltsqualität steigt. Durch Wiederherstellen der natürlichen Bodenfunktionen wird die Starkregenproblematik vermindert, Regenwasser zurückgehalten und die Bevölkerung vor Hitze geschützt.

In einem kurzen Vortag erhalten Sie Einblick in die Arbeit des Klimaschutzmanagements, über aktuell laufende Projekte und Maßnahmen, über Herausforderungen und künftigen Handlungsbedarf sowie einen Ausblick über geplante Maßnahmen für das kommende Jahr.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

Keine